

# Synopse: Die Wahlprogramme der Parteien zur Landtagswahl in Hessen am 28. Oktober 2018

	 <b>FidAR</b> <small>Frauen in die Aufsichtsräte e.V.</small>						
<b>Links zu den Parteiprogrammen</b>	Seite 81 <a href="https://www.cduhessen.de/data/documents/2018/09/17/279-5b9f76c1c552f.pdf">https://www.cduhessen.de/data/documents/2018/09/17/279-5b9f76c1c552f.pdf</a>	ab Seite 129 ff <a href="https://www.gruene-hessen.de/partei/files/2018/09/Regierungsprogramm-2018-Web.pdf">https://www.gruene-hessen.de/partei/files/2018/09/Regierungsprogramm-2018-Web.pdf</a>	ab Seite 137 ff <a href="https://www.spd-hessen.de/regierungsprogramm/">https://www.spd-hessen.de/regierungsprogramm/</a>	ab Seite 66 ff. <a href="https://fdp-hessen.de/wp-content/uploads/2018/05/2018_05_25_Wahlprogramm_online.pdf">https://fdp-hessen.de/wp-content/uploads/2018/05/2018_05_25_Wahlprogramm_online.pdf</a>	ab Seite 114 ff <a href="https://wahl2018.die-linke-hessen.de/wp-content/uploads/2018/08/Wahlprogramm-2018-Webausgabe-DIE-LINKE-Hessen.pdf">https://wahl2018.die-linke-hessen.de/wp-content/uploads/2018/08/Wahlprogramm-2018-Webausgabe-DIE-LINKE-Hessen.pdf</a>	Seite 20ff <a href="https://www.afd-hessen.org/wp-content/uploads/2018/09/2018-08-23_LTW-HESSEN_FINAL_WEB.pdf">https://www.afd-hessen.org/wp-content/uploads/2018/09/2018-08-23_LTW-HESSEN_FINAL_WEB.pdf</a>	
<b>Zusammenfassung</b>	Nur kurz gefasste Schlagworte zu Frauen in Führungspositionen und Fair Pay, aber keine Benennung von konkreten Maßnahmen.	Feminismus ist ein Kernanliegen Grüner Politik. Unser Ziel ist es, die Gleichberechtigung von Frauen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen durchzusetzen und strukturelle Benachteiligungen zu überwinden.	Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Deswegen bedarf es einer Überprüfung aller Gesetzesinitiativen nach Genderaspekten und einer geschlechtersensiblen Haushaltspolitik.	Kein Kapitel zu Gleichstellung/ Frauen werden überhaupt nicht erwähnt, Mitzeichnung der Charta der Vielfalt als Empfehlung an die Wirtschaft	Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft Wir treten ein für eine strikte Quotierung auf allen Ebenen und in allen Bereichen, sowie für paritätische Gremienbesetzung im öffentlichen Dienst, in der Politik, der Wissenschaft, den landeseigenen Unternehmen und der privaten Wirtschaft. Wir geben keine Ruhe, bevor nicht alle politischen Mandate und öffentlichen Ämter mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. Öffentliche Aufträge, die vom Land Hessen, den Landkreisen und Kommunen vergeben werden, sind mit der Auflage an Unternehmen und Betriebe zu verknüpfen, Frauen diskriminierende Strukturen abzubauen. Alle Vorhaben und Beschlüsse von Politik und Verwaltung sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Männer und Frauen zu überprüfen.	Kein Kapitel zu Gleichstellung/ Frauen kommen nur als Mütter vor. Ablehnung der Förderung der "pseudowissenschaftlichen" Förderung der Genderstudies	
<b>Gleiche Teilhabe</b>	k.a.	Die Hälfte der Macht den Frauen. Echte Gleichstellung heißt gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern in Gremien wie in Führung – in Wirtschaft und Politik. Die Frauenquote ist der Schlüssel für eine gerechte Repräsentation.	Für uns ist die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen eine der Grundbedingungen einer demokratischen Gesellschaft. Deswegen setzen wir uns für eine Änderung der Hessischen Verfassung ein, die beinhaltet, dass das Land, seine Gebietskörperschaften und andere Träger der öffentlichen Verwaltung die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt. Hessisches Gleichberechtigungsgesetz verbindlicher ausgestalten	k.a.	Die Linke will eine quotierte Besetzung von Ämtern und Mandaten in allen Bereichen. Hierzu gehört eine Mindestquotierung von 50 Prozent für Frauen. » mehr Rechte der kommunalen Frauenbeauftragten und der Frauenbeauftragten nach dem hessischen Gleichberechtigungsgesetz. » die Erweiterung des hessischen Gleichberechtigungsgesetzes auf Gesellschaften und GmbHs, auf die Vergabe öffentlicher Leistungen/ Aufgaben an private Unternehmen und Träger sowie auf alle Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst	k.a.	
<b>Frauen in Führungspositionen</b>	Wir werden uns dafür einsetzen, dass Frauen genauso oft in Führungspositionen vertreten sind wie Männer. Der öffentliche Dienst soll eine Vorreiterposition einnehmen. Starre Quoten halten wir dabei nicht für das geeignete Mittel.	In Leitungsfunktionen und in allen Führungsebenen der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung oder in der Justiz, aber auch in vielen anderen Entscheidungsgremien soll der Frauenanteil nach der nächsten Legislaturperiode mindestens 50 Prozent betragen. Mit regelmäßigen Berichten zur Gleichstellungsquote werden wir den Fortschritt der Gleichstellung öffentlich überprüfen. Der öffentliche Dienst zum Vorbild der Gleichberechtigung wird, von der Verwaltung bis zu den Hochschulen. Mehr Frauen in die Parlamente.	Wir wollen erreichen, dass Frauen gleichermaßen in Führungspositionen gelangen wie Männer. In einer Vielzahl von Unternehmen mit Beteiligung des Landes Hessen gibt es keine Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. In gerade einmal zehn von 47 Unternehmen mit Landesbeteiligung gibt es Frauenförderpläne. Die Anzahl von Frauen in Aufsichtsräten und Geschäftsführungen von Unternehmen mit Landesbeteiligung liegt im Teil bei 0 %. Das werden wir ändern und diesbezüglich eine Ausweitung des Geltungsbereichs des HGIGs vornehmen. Frauen in der Wissenschaft gleichstellen Mehr Frauen in politische Verantwortung.	k.a.	Sanktionierung von Unternehmen, die Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit schlechter bezahlen als ihre männlichen Kollegen und die Frauen keinen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen ermöglichen. »	k.a.	
<b>Gleicher Lohn / Lohntransparenz</b>	Noch immer gibt es ungerechtfertigte Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen. Das ist nicht zu akzeptieren. Dieses Lohngefälle wollen wir weiter abbauen und hierzu den Dialog mit den Sozialpartnern fortsetzen.	Der Hessische Lohnatlas schafft darüber Transparenz und ermöglicht damit eine Basis, um Schritte zur Entgeltgleichheit auf allen Ebenen zu erreichen. Elternzeit der Normalzustand wird.	Erweiterung der Transparenz von Entgeltregelungen, die in Unternehmen über 200 Beschäftigten gilt, auch auf klein- und mittelständische Betriebe. Aufwertung und bessere Entlohnung verantwortungsvoller Berufe, in denen vor allem Frauen tätig sind. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die Lohnklüft zwischen Männern und Frauen abzubauen.	Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) konnte eine mittelbare Diskriminierung von teilzeitbeschäftigten Müttern bisher nicht wirksam unterbinden. Arbeitnehmerinnen haben aufgrund von familienbedingter Teilzeitarbeit unverändert geringere Aufstiegs- und Einkommenschancen als vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Entgelttransparenzgesetz soll deshalb dahingehend ergänzt werden, dass Teilzeitbeschäftigte das Recht erhalten, ihren Stundensatz mit dem Stundensatz von Vollzeitbeschäftigten vergleichen zu lassen.	Die Linke will eine Bundesratsinitiative des Landes Hessen zur Schaffung eines einheitlichen allgemeingültigen Entgeltgleichheitsgesetzes. Für die Überwindung patriarchaler Strukturen DIE LINKE will: » Equal Pay: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit in allen Beschäftigungsbereichen	k.a.	

# Synopse: Die Wahlprogramme der Parteien zur Landtagswahl in Hessen am 28. Oktober 2018

<p><b>Vereinbarkeit Beruf &amp; Familie</b></p>	<p>Wir wollen, dass die Familienarbeit, die nach wie vor häufig von Frauen geleistet wird, mehr Anerkennung genießt. Dazu gehört, dass - beide Elternteile ihre Arbeitszeit möglichst frei und flexibel einteilen können, das Instrument von Lebensarbeitszeitkonten stärker genutzt werden kann, Teilzeitarbeit eine höhere gesellschaftliche Anerkennung erfährt, auch Familienarbeit eine gute soziale Absicherung sicherstellt. Die Ausweitung der Mütterrente und eine angemessene Berücksichtigung von Erziehungszeiten beim Erwerb von Rentenansprüchen sind dafür wesentlich.</p>	<p>Erwerbsarbeit und Familienarbeit auf beiden Schultern gerecht verteilen. Ziel ist, dass die paritätische Elternzeit der Normalzustand wird.</p>	<p>Mehr Familienfreundlichkeit im Job hilft Männern und Frauen Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit (Wieder-)Einstieg in die Erwerbstätigkeit</p>	<p>Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bedarfsgerechte Betreuungszeiten sind ein Schlüssel, um besonders Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern und berufliche Entwicklungschancen zu bieten. Frauen müssen verstärkt für den Arbeitsmarkt gewonnen werden. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker in den Fokus rückt. Flexible Arbeitszeitmodelle, eine verlässliche, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sowie unterstützende Maßnahmen für den beruflichen Wiedereinstieg müssen gewährleistet werden. Dafür wollen wir uns verstärkt einsetzen.</p>	<p>Die Linke will ein neues Normalarbeitsverhältnis mit einer verkürzten, familiengerechten Wochenarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich; » Erziehungs- und Pflegearbeit müssen gesellschaftlich anerkannt und bei der Arbeitszeitgestaltung stärker berücksichtigt werden. Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Aufwertung und besser Bezahlung von Care-Berufen</p>	<p>Einführung des Familiensplittings. Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch die eigenen Eltern betreut werden. Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, sodass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können. Der Staat muss dafür die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen, wie Kitas und Tagesmütter. Die AfD Hessen fordert die konsequente Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere Mütter dürfen keine Benachteiligung erfahren, falls sie sich dafür entscheiden, ihre Zeit für drei bis vier Jahre pro Kind in die Kindererziehung zu investieren. Eine gerechte und schnelle Wiedereingliederung in den Beruf muss von den Arbeitgebern als selbstverständlich angesehen werden. Um mehr Familienfreizeit zu garantieren, ist der Ausbau von Betriebskindergärten verstärkt zu fördern. Sinnvoll ist es auch, erwerbsmäßige Arbeit verstärkt von zu Hause zu erledigen, wodurch in ländlichen Regionen zudem Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können. Die Arbeitszeit muss zugunsten von Familien weiter flexibilisiert werden (z. B. durch Jobsharing). Die AfD Hessen möchte Betriebe und Betriebsverbände, die Familien mit diesen Maßnahmen unterstützen, gezielt fördern.</p>
<p><b>Sonstige</b></p>	<p>Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – insbesondere im häuslichen Bereich – hat weiterhin hohe Priorität. Die vorhandenen Landesaktionspläne werden wir umsetzen und weiterentwickeln.</p>	<p>Empowerment für eine sexuelle, seelische und körperliche Selbstbestimmung. Abschaffung des sogenannten Werbeverbot nach §219a Strafgesetzbuch. Maßnahmen gegen Gewalt und Unterdrückung Armut von Frauen wirksam bekämpfen.</p>	<p>Diskriminierung bekämpfen Alleinerziehende stärken Zugewanderten Frauen Teilhabe ermöglichen Frauen vor Gewalt schützen Frauen im Alter unterstützen</p>	<p>Wir werden dafür werben, dass weitere hessische Unternehmen die Charta der Vielfalt unterzeichnen und auf diese Weise Verschiedenheit bzw. Vielfalt als Potenzial anerkennen. Es ist erwiesen, dass Unternehmen, die in ihrer Unternehmensführung aktiv auf Strategien der Vielfalt setzen, auch wirtschaftlich erfolgreicher sind. Entsprechende Bemühungen zu unterstützen, ist Teil unserer Wachstumsstrategie für den Standort Hessen.</p>	<p>Übernahme der Kosten für Verhütung Abschaffung §219a Sexistische Rollenbilder in Bildung und Erziehung aufbrechen Förderung und Ausbau von Beratungsangeboten für Mädchen, Verbesserung der Ausstattung der hess. Frauenhäuser</p>	<p>Die AfD Hessen fordert die sofortige Umsetzung des sog. „Beitragskinderurteils“ des Bundesverfassungsgerichts von 2001, nach dem elterliche Erziehungsleistungen als gleichwertiger Beitrag zum Rentensystem anerkannt und Rentenbeitragszahlungen der Eltern entsprechend abgesenkt werden müssen. Wir fordern daher, Erzieher in Ausbildung analog zum dualen Ausbildungssystem bzw. im dualen Ausbildungssystem zu vergüten. ...wenden wir uns entschieden gegen die massive staatliche Förderung pseudowissenschaftlicher „Gender Studies“ in Millionenhöhe durch die EU und vor allem durch Steuergelder aus Deutschland. Diese Steuergelder sollen stattdessen in die Familienförderung investiert werden.</p>